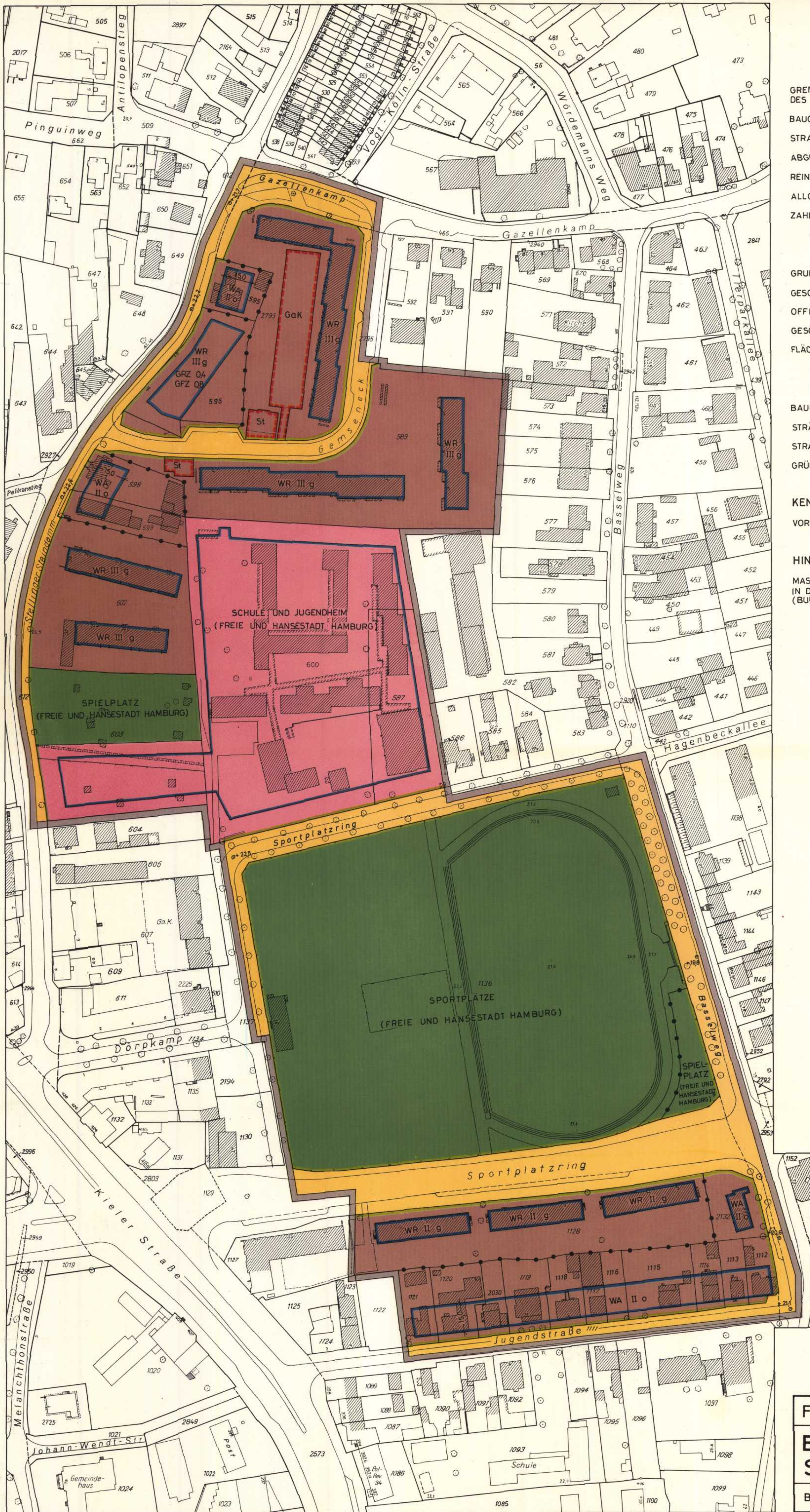


Stellingen 18

BEBAUUNGSPLAN STELLINGEN 18



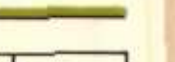
GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
DES BEBAUUNGSPLANS



BAUGRENZE



STRASSENBEGRENZUNGSLINIE



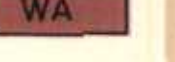
ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG



REINE WOHNGEBIETE



ALLGEMEINE WOHNGEBIETE



ZAHL DER VOLLGESCHOSSE



ALS HÖCHSTGRENZE

z.B. II

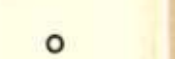
GRUNDFLÄCHENZAHL

z.B. GRZ 04

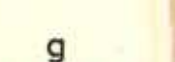
GESCHOSSFLÄCHENZAHL

z.B. GFZ 08

OFFENE BAUWEISE



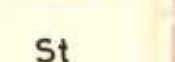
GESCHLOSSENE BAUWEISE



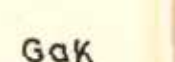
FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND GARAGEN



STELLPLÄTZE



GARAGEN UNTER ERDGLEICHE



BAUGRUNDSTÜCKE FÜR DEN GEMEINBEDARF



STRASSENVERKEHRSLÄCHEN



STRASSENHÖHEN IN METERN BEZOGEN AUF NN

z.B. +21,7

GRÜNFLÄCHEN



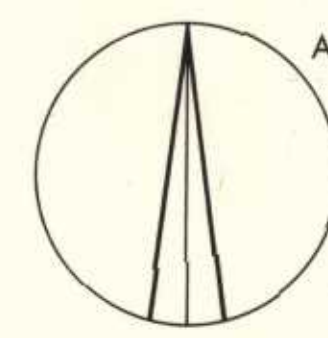
KENNZEICHNUNGEN

VORHANDENE BAUTEN



HINWEIS

MASSGEBEND IST DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG
IN DER FASSUNG VOM 26. NOVEMBER 1968
(BUNDESGESETZBLATT I SEITE 1238).



1 : 1000

Auszug aus der Verordnung über diesen Bebauungsplan
vom 10. Juni 1975

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gilt nachstehende
Vorschrift:

Außer der im Plan festgesetzten Garage unter Erdgleiche
sind weitere Garagen unter Erdgleiche auch auf den nicht
überbaubaren Teilen von Baugrundstücken zulässig, wenn
Wohnruhe und Gartenanlagen nicht erheblich beeinträch-
tigt werden.

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEBAUUNGSPLAN AUFGRUND DES BUNDESBAUGESETZES
VOM 23. JUNI 1960 (BGBl. I S. 341)
STELLINGEN 18
BEZIRK EIMSBÜTTEL ORTSTEIL 321

§ 4

Es werden erhöht

- a) der Kinderzuschuß auf monatlich 137,70 Deutsche Mark,
- b) die Waisenrente einschließlich Kinderzuschuß auf mindestens monatlich 290,80 Deutsche Mark.

§ 5

- (1) Ergibt die Anpassung keinen höheren als den bisherigen Zahlbetrag, so ist dieser weiterzuzahlen.

(2) Dem Berechtigten ist über die Anpassung eine schriftliche Mitteilung zu geben.

§ 6

(1) Die Siebzehnte Rentenanpassungsverordnung vom 30. Juli 1974 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 253) wird aufgehoben.

(2) Auf Ansprüche für die Zeit bis zum 30. Juni 1975 sind die bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Vorschriften anzuwenden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 10. Juni 1975.

Verordnung über den Bebauungsplan Stellingen 18

Vom 10. Juni 1975

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 341) in Verbindung mit § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung vom 3. Juli 1961 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232) wird verordnet:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan Stellingen 18 für den Geltungsbereich Stellingener Steindamm — Gazellenkamp — Gemenneck — Nord-, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 589, Ostgrenzen der Flurstücke 600 und 587 der Gemarkung Stellingen — Sportplatzring — Basselweg — Jugendstraße — Westgrenze des Flurstücks 1121, Süd- und Westgrenze des Flurstücks 1128 der Gemarkung Stellingen — Sportplatzring — Süd- und Westgrenze des Flurstücks 600, Südgrenze des Flurstücks 603 der Gemarkung Stellingen (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321) wird festgestellt.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gilt nachstehende Vorschrift:

Außer der im Plan festgesetzten Garage unter Erdgleiche sind weitere Garagen unter Erdgleiche auch auf den nicht überbaubaren Teilen von Baugrundstücken zulässig, wenn Wohnruhe und Gartenanlagen nicht erheblich beeinträchtigt werden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 10. Juni 1975.

Druckfehlerberichtigung

Bei der Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung vom 3. Juni 1975 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 101) ist auf Seite 107 oben nachzutragen:

„Anlage C“